

Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD)

Projekt und exemplarische Erkenntnisse (Teil 1)

Rita Haverkamp

Im Verbundprojekt BaSiD erfolgte ein Monitoring zu objektiven und subjektiven (Un-)Sicherheiten in Deutschland. Unter der Leitung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht (MPI Freiburg) waren sechs weitere Partner an dem interdisziplinären Verbund beteiligt. Die Darstellung umfasst eine Vorstellung der Zielsetzungen und der Konzeption des Verbunds. In den unterschiedlichen Studien zu (Un-)Sicherheiten gelang es, vielfältige sozialwissenschaftliche Methoden anzuwenden und diese weiterzuentwickeln. Im Anschluss werden exemplarisch Erkenntnisse aus den Studien über den Begriff Sicherheit, die objektive Kriminalitätslage und das sogenannte Medienmonitoring vorgestellt.¹

Der Verbund

Im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ förderte das Bundesministerium für Bildung und Forschung den Verbund BaSiD aus dem Themenfeld „Gesellschaftliche Aspekte der zivilen Sicherheit“ von Juni 2010 bis einschließlich August 2013 finanziell.

Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht (MPI) in Freiburg i. Br. leitete das Forschungskonsortium² und arbeitete mit folgenden wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen:

- Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden,
- Fraunhofer-Institut für system- und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe,
- Institut für Soziologie (IfS) der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg,
- Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Eberhard Karls Universität Tübingen,
- Katastrophenforschungsstelle (KFS) der Freien Universität Berlin,
- Kommunikations- und Medienwissenschaft (KMW) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Aus den gesellschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen waren im Ver-

bund die Kriminologie, Medien- und Kommunikationswissenschaft, Soziologie, (Sozial-)Psychologie, Rechtswissenschaft und die Ethik vertreten.



Ziele und Fragestellungen

Sicherheit bildet ein wesentliches Grundbedürfnis des Menschen, das seine Lebens-, Denk- und Gefühlswelt bewegt. Hieraus lässt sich ableiten, dass der Begriff vielschichtig ist und unterschiedliche Bedeutungsebenen berührt. Die mannigfachen Facetten von Sicherheit bieten ebenso viele und verschiedene Anknüpfungspunkte für die Forschung. Angesichts dieser Breite beinhaltete die mit BaSiD verfolgte Zielsetzung ein Monitoring von objektiven und subjektiven Sicherheiten in Deutschland. Dabei erfolgte eine Beschränkung auf ausgewählte und allgemeine Aspekte objektiver und subjektiver (Un-)Sicherheiten.

Die grundlegenden Fragestellungen lauteten: Wie sicher ist Deutschland? Und: Wie sicher fühlen sich die Menschen in Deutschland? Die Unterscheidung zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit macht deutlich,

dass tatsächlich sicher sein und sich sicher fühlen sowohl übereinstimmen als auch voneinander abweichen können. Ein eindrückliches Beispiel für ein solches Auseinanderfallen ist die Hitzewelle von 2003, die zu über 9000 Todesfällen führte, aber trotz der Bedrohung für Gesundheit und Leben im Gedächtnis einer Vielzahl von Menschen als positive Ausnahme in Erinnerung geblieben sein dürfte (Haverkamp et al. 2013).

Die beabsichtigte Bestandsaufnahme richtete sich auf Lagebilder, Bedingungen, Wahrnehmungen und Erwartungen rund um Sicherheit hierzulande. Zur Erfassung des Aufkommens von Kriminalität, Terrorismus, Naturkatastrophen und technischen Großunglücken wurden Statistiken analysiert. Die Opferwerdung durch Kriminalität wurde in einer Dunkelfeldstudie bundesweit erfasst.

Der Schwerpunkt der Datenerhebungen lag auf der subjektiven Sicherheit: In qualitativen und quantitativen Befragungen wurden Sicherheitsbefindlichkeiten in der Bevölkerung erhoben. Diese Studien gingen thematisch über die vier genannten Phänomenbereiche hinaus und umfassten ebenfalls Erkenntnisse zum Gesundheitszustand, zur wirtschaftlichen Situation und zur sozialen Sicherheit.

In diesem Kontext ist das sogenannte Sicherheitsbarometer als Prototyp zur Erfassung und Bewertung von (Un-)Sicherheiten zu verstehen.

Die Projektkonzeption

Das Projekt setzte sich aus neun Modulen zusammen, die teilweise von einzelnen Partnern alleine, mit anderen Partnern gemeinsam oder in aufeinanderfolgenden Teilstudien von verschiedenen Partnern bearbeitet wurden. Eine weitere Zusammenarbeit fand bei der Übernahme von Fragestellungen aus Erhebungsbögen und der Auswahl derselben Erhebungsorte statt.

¹ Ich danke Herrn Dipl.-Psych. Harald Arnold für die Kooperation und seine Anmerkungen.

² Vgl. die Homepage des MPI über BaSiD: <http://basid.mpicc.de/basid/de/pub/projektpartner.htm>.

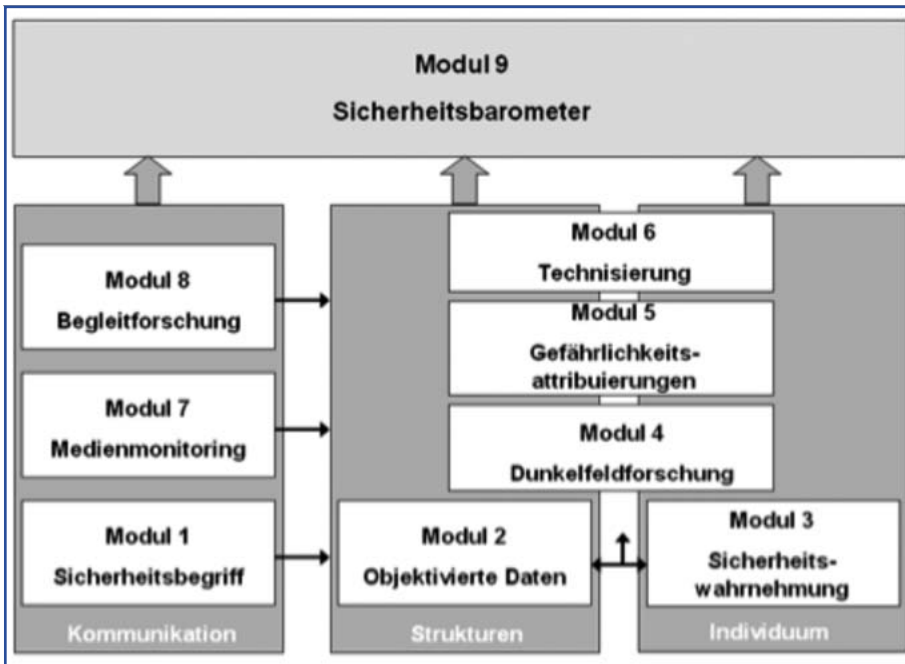


Abb. 1: BaSiD-Projektkonzeption

Die neun Module wurden auf den drei Ebenen Kommunikation, Strukturen und Individuum erfasst (Abb. 1). Auf der Kommunikationsebene standen gesellschaftliche Prozesse im Vordergrund. Dabei beschäftigte sich das IZEW in Modul 1 mit dem Begriff Sicherheit und in Modul 8 mit einer ethischen Begleitforschung sowie das KMW in Modul 7 mit einem Medienmonitoring. Im Rahmen der Strukturebene ging es um objektive Daten aus (nicht) amtlichen Statistiken und um institutionelle Erkenntnisse für den Bund, die Länder und die Kreise.

Während sich Modul 2 mit der vom BKA und KfS zusammengestellten objektiven Datenbasis zu Kriminalität, Terrorismus, Naturkatastrophen und großtechnischen Schadensereignissen einzig den Strukturen zuordnen lässt, treten Überschneidungen bei den anderen Modulen mit der individuellen Ebene auf, in der persönliche Wahrnehmungen, Einstellungen und Verhaltensweisen im Fokus standen. Dabei betraf Modul 3 mit zwei Studien zur subjektiven Sicherheit allein die Individualebene: Während das IfS eine explorative, qualitativ-quantitative Erhebung veranlasste, führte das MPI eine repräsentative Bevölkerungsstudie durch. Die weiteren überschneidenden Module bezogen sich mit Modul 4 auf eine bundesweite Dunkelfeldbefragung des BKA und des MPI, mit Modul 5 auf Gefährlichkeitsattribuierungen durch Sicherheitsexperten und Laien bei der Begehung von Stadtteilen seitens des KfS sowie mit Modul

6 zur Technisierung von Sicherheit in einer Inhaltsanalyse des IfS und zu partizipativen Verfahren bei der Technikgestaltung (beispielsweise bei Drohnen). Modul 9 kam mit dem Sicherheitsbarometer die Aufgabe zu, eine gemeinsame Grundlage für eine Zusammenschau der Erkenntnisse zu erarbeiten.

Im Folgenden werden ausgewählte (Teil-)Studien der vorgestellten Module zum Sicherheitsbegriff, zu objektiven Daten über Kriminalität und zum Medienmonitoring in den Blick genommen.

Sicherheit

In seiner Expertise stellte das IZEW zunächst heraus, dass der gegenwärtig zu beobachtende Akzent auf der subjektiven Sicherheit das hohe Maß an tatsächlicher Sicherheit hierzulande indiziert (vgl. hierzu demnächst Heesen/Nagenborg). Aus philosophischer Perspektive, die bis in die Antike zurückreicht, hat subjektive Sicherheit jedoch nur eine nachrangige Bedeutung.

Das heutige wachsende Bedürfnis nach mehr objektiver und subjektiver Sicherheit befördert u. a. die Sicherheitswirtschaft mit innovativen Produkten und Dienstleistungen und damit einhergehend die Forschung. Aber auch in anderen, nicht notwendig mit Sicherheit assoziierten Bereichen wird Sicherheit betont: So setzt die Automobilindustrie in Zusammen-

arbeit mit großen IT-Unternehmen auf die Entwicklung selbsttätig fahrender Kraftfahrzeuge auch mit dem Argument, die Sicherheit des Straßenverkehrs merklich zu erhöhen (Süddeutsche Zeitung vom 16.6.2013).

Bezogen auf die subjektive Sicherheit werden zwei Tendenzen ausgemacht. Der erste Trend bezieht sich auf die weiterhin steigende Nachfrage trotz vermehrter Angebote zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Sicherheit. Zwei Gründe werden hierfür vorgebracht: Die Kehrseite des erweiterten Schutzes sei erstens die Erweiterung der Bedrohungen (z. B. der Fahrer bzw. die Fahrerin fühlt sich dem autonomen Auto ausgeliefert) und zweitens der zwingende Handlungsbedarf hinsichtlich vorweggenommener Schadensereignisse. Der zweite Trend betrifft das immer wieder auftretende Auseinanderfallen von objektiver und subjektiver Sicherheit. Die problematischen Fälle des Auseinanderfallens bedeuten für die Anwendung von Sicherheitsvorkehrungen, dass diese bloß die subjektive Sicherheit stärken können und umgekehrt nur die objektive Sicherheit.

Der Idealfall der Stärkung der Sicherheit in objektiver und subjektiver Hinsicht wird in diesen Fällen nicht erreicht und bildet somit einen Nährboden für weitere Unsicherheit.

Sicherheit ist jedoch nicht als Wert für sich allein zu verstehen, sondern in Verbindung zu anderen Werten wie Lebensqualität, Gerechtigkeit und Freiheit zu sehen. Eine ganzheitliche Sicht wägt deshalb diese Werte in Bezug auf die Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen und -techniken ab. Eine solche Abwägung steht im Rahmen einer präventiven Sicherheitspolitik stets unter dem Primat der individuellen Freiheit und ihrer demokratischen Verwirklichung. Danach ist Sicherheit kein Selbstzweck oder übergeordneter Wert, sondern vielmehr ein bloßes Mittel zur Gewährleistung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Polizeilich registrierte Kriminalität

Alle Straftaten, die in Deutschland begangen werden, werden polizeilich registriert, wenn sie deutschen Polizeibehörden bekannt geworden und diesbezüglich Ermittlungen durchgeführt worden sind. Dementsprechend werden die Straftaten erst nach Ab-

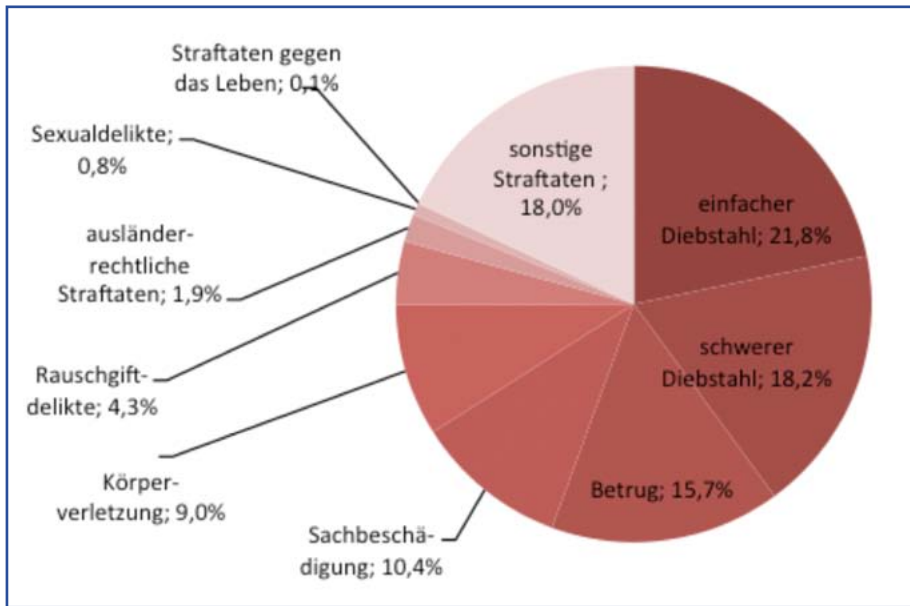


Abb. 2: Straftatenanteile an Straftaten insgesamt = 5 961 662 Fälle (PKS 2013)

schluss der Ermittlungen in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) aufgenommen (sog. Ausgangsstatistik).

Die Beschränkung auf polizeilich zur Kenntnis gelangte Delikte bedeutet ein Dunkelfeld von Delikten, die das Opfer nicht bemerkt oder bei denen es von einer Anzeige absieht oder

die nicht von der Polizei wahrgenommen werden (z. B. Betrug, kein Versicherungsschutz des gestohlenen Objekts, Korruption). Insofern ist die Aussagekraft der PKS begrenzt, weil sie kein Abbild der gesamten Kriminalität hierzulande darstellt (Heinz 2001, S. 66).

2013 weist die PKS knapp sechs Millionen strafbare Handlungen aus (PKS 2013 1.1 – T01). Dabei macht eine geringe Zahl von Deliktsarten einen Großteil der Gesamtkriminalität aus (Abb. 2). Bekanntlich ist der Diebstahl das Hauptdelikt, auf das fast 40 % der registrierten Taten entfallen (21,8 % einfacher Diebstahl, 18,2 % schwerer Diebstahl) sowie einschließlich Betrug (15,7 %), Sachbeschädigung (10,4 %) und Körperverletzung (9,0 %) sogar drei Viertel. Verschwundend geringe zahlenmäßige Bedeutung haben Sexualdelikte (0,8 %) und Straftaten gegen Leib und Leben (< 0,1 %), in der Öffentlichkeit stoßen sie jedoch angesichts ihrer Schwere auf großes Interesse und emotionalen Widerwillen.

Im 21. Jahrhundert geht nach einem kurzfristigen Anstieg das relative Kriminalitätsaufkommen (Fälle pro 100 000 Einwohner) seit dem Jahr 2005 kontinuierlich zurück.

Im Vergleich zu 1993 sank die sogenannte Häufigkeitszahl (Fälle pro 100 000 Einwohner) um etwa 12 % auf rund 7 500. Damit hat die Gesamtkriminalität in der PKS ihren aktuellen Tiefststand erreicht.

In Bezug auf die einzelnen Deliktsfelder gibt es unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten: So gehen die Zahlen beim Diebstahl von Mopeds und Krafträdern (- 14,9 %), bei der Straßenkriminalität³ (- 3,5 %), der Gewaltkriminalität (- 5,3 %; insbesondere gefährliche und schwere Körperverletzung - 6,0 %), der Sachbeschädigung (- 7,7 %) und der Wirtschaftskriminalität (- 12,4 %) im Vergleich zum Vorjahr zurück. Hingegen ist ein Anstieg in den Deliktsfeldern beim Diebstahl in und aus Wohnungen (+ 3,5 %), bei der Verbreitung pornografischer Erzeugnisse (+ 23,1 %), bei Rauschgiftdelikten (+ 6,2 %), beim Taschendiebstahl (+ 15,6 %), Warenbetrug (+ 21,8 %) und Anlagebetrug (+ 31,9 %) gegenüber 2012 zu konstatieren.

Vom kontinuierlichen Rückgang der relativen Gesamtkriminalität profitierte aber nicht die Gesamtbevölkerung gleichermaßen, sondern vor allem die in kleinen Gemeinden unter 20 000 Einwohnern und in mittleren Städten unter 100 000 Einwohnern (1993–2013 um ca. - 16 bzw. - 14 %). Im Vergleich dazu war die Abnahme in größeren Städten ab 100 000 Einwohnern mit ungefähr 10 % etwas geringer. Aufgrund seiner Motivations- und Möglichkeitsstruktur gelten größere Städte mit ihrer Anonymität und Häufung von sozialen Problemlagen als kriminalitätsanfälliger Räume und erfahren infolgedessen eine höhere kriminalpolitische Aufmerksamkeit (Belina 2006). Die Neigung zu einer funktionalen Nutzung von Innenstädten (Arbeit, Konsum und Freizeit) wirkt sich überdies negativ auf die informelle Sozialkontrolle aus, die bei schrumpfender Wohnbevölkerung sinkt und entsprechend des Routine-Activity-Approach mehr Anreize und Gelegenheiten für die Begehung von Straftaten schafft (Oberwittler 2001, S. 122 f.).

Die Frage nach der objektiven Sicherheit in Deutschland lässt sich nur eingeschränkt beantworten: Aus dem rückläufigen Trend der polizeilich registrierten Gesamtkriminalität ergibt sich im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2013 zurzeit eine positive Entwicklung (Albrecht 2012). Dennoch bereitet die Erfassung des Hellfeldes der Kriminalität eine Reihe von bereits angedeuteten Schwierigkeiten. Angesichts der Dunkelfeldproblematik empfiehlt eine Arbeitsgruppe des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), periodisch repräsentative Bevölkerungsumfragen zu Opfererfahrungen und Anzeigeverhalten

durchzuführen – wie in BaSiD erstmals bundesweit geschehen, um Erkenntnisse über das Dunkelfeld zu gewinnen (Heinz 2013).

Berichterstattung über Kriminalität

Noch weniger als die PKS ist die mediale Berichterstattung über Kriminalität ein Abbild der Realität. Bekanntheit entspricht weder die Artikelanzahl noch die Deliktsstruktur dem tatsächlichen Deliktsaufkommen. Der mediale Fokus auf den Gewalttaten wird u. a. mit deren Neuigkeitswert („news value“) als nicht alltägliche und Schauer erzeugende Schlagzeile begründet (Reuband 1998, S. 126).

In diesem Kontext zielte das Medienmonitoring des KMW auf die Ermittlung von Gefährdungswahrnehmungen und Sicherheitserwartungen in deutschen Medien (s. Vowe 2013a) hinsichtlich

- Kriminalität,
- Terrorismus,
- technischer und natürlicher Katastrophen,
- Sicherheitstechnologien.

Die standardisierte Inhaltsanalyse umfasste ein breites Sample in einem Untersuchungszeitraum von 18 Monaten. Die Basisuntersuchung mit der Berichterstattung aus 13 Medien wurde ergänzt um sechs Fallstudien zu bestimmten Ereignissen und spezifischen Aspekten (zehn Jahre 9/11, Tsunami/Fukushima, Atomdebatte, Kriminalität im Lokalen, Salafismus im Web, Medienmonitor Sicherheit).

Im Ergebnis sind, wie erwartet, beträchtliche Unterschiede sowohl zwischen den Medien als auch zwischen den untersuchten Phänomenbereichen festzustellen (Vowe 2013a). Diese Unterschiede beziehen sich auf den Stellenwert, die Bedrohlichkeit, den Orts-, Zeit- und Akteursbezug. Zwar sind alle untersuchten Phänomene ein steter und wichtiger Bestandteil der Berichterstattung mit einem Anteil zwischen 15 und 27 % der Beiträge, doch findet die Kriminalität als tatsächlich weit verbreitetes Phänomen mit einem Anteil zwischen 8 und 15 % der Beiträge in der Darstellung die höchste Aufmerksamkeit, die diese hier ebenfalls aufgrund ihrer Bedeutung in der kommunalen Kriminalitätsprävention erfährt.

Bei den Printmedien liegt der Schwerpunkt in der Boulevardpresse (Bild-Zeitung) auf Kriminalität (Vowe

2013a). Im Rahmen der Kriminalitätsberichterstattung geht es um die verschiedenen Stationen der justiziellen Bearbeitung von Kriminalität (z. B. polizeiliche Ermittlungen, Gerichtsverhandlungen). Im Unterschied zu den anderen Medien konzentriert sich das Boulevardmedium Bild-Zeitung auf das Tatgeschehen.

Insgesamt verwundert es nicht, dass sich die Kriminalitätsberichterstattung angesichts ihres Aktualitätsanspruchs hauptsächlich auf die Gegenwart und auf in Deutschland begangene Taten bezieht. Bei jährlich etwa sechs Millionen polizeilich registrierten Delikten (PKS 2013 1.1 – T01) gibt es einen reichhaltigen Fundus an in der Republik verübten Taten im Gegensatz zu den hierzulande selten stattfindenden terroristischen Anschlägen, Naturkatastrophen und technischen Großunglücken.

Die mediale Zuschreibung von Verantwortlichkeiten (Akteursbezug) sieht neben Polizei und Justiz die Politik als einen wichtigen Funktionsträger hinsichtlich Präventionsinitiativen, Reformbedarf und Wiedergutmachung (Vowe 2013a). Aus bloßer medialer Perspektive nimmt die Politik ihre Verantwortung mithin wahr, wenn sie auf spektakuläre und erschütternde Kriminalitätsfälle (z. B. Kindstötung durch einen Pädophilen) mit Strafschärfungen reagiert. Demgegenüber bezeichnen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Strafrechtswissenschaft und Kriminologie wie auch teilweise Expertinnen und Experten aus der Praxis den einzelfallbezogenen, gesetzgeberischen Reformeifer als bloßen Aktionismus und symbolische Gesetzgebung ohne Potenzial zur Problemlösung (Satzger 2007, S. 95 f.). Diese Diskrepanz zwischen Medien und Wissenschaft erklärt in gewissem Maße das demonstrative Agieren der Politik: Die scheinbare Befriedigung des Wählerwillens hat Vorrang gegenüber einer reflektierten und weniger sichtbaren Politik auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse.

In der Fallstudie „Kriminalität im Lokalen“ wurde den Besonderheiten der lokalen Berichterstattung über Kriminalität nachgegangen (Vowe 2013b,

³ = „alle Straftaten, die zu öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen einen speziellen Bezug haben. Dazu zählen beispielsweise Raubüberfälle auf Geld- und Werttransporter, der Handtaschenraub, Sachbeschädigungen an Kfz, Diebstähle in/aus Kiosken, Schaufenstern und Vitrinen, Fahrraddiebstähle, Automatenaufrübe etc.“ (detaillierter Straftatenschlüssel in PKS).

S. 21). Aus der Lokalpresse sollten dann Aussagen zum Bedrohungspotenzial von Kriminalität durch die Profilbildung von Opfern, Täterinnen und Tätern sowie Taten gewonnen werden. Diese Profile wiederum setzen sich aus Merkmalen der Art und Weise der Berichterstattung zusammen.

Die standardisierte Inhaltsanalyse richtete sich auf eine Vollerhebung der Regional- und Lokalteile dreier regionaler Tageszeitungen in Kiel und Leipzig innerhalb von zwei Monaten des Jahres 2011. Berücksichtigung fanden aktuelle Kriminalfälle mit einem regionalen oder lokalen Bezug. Zunächst wurden einzelne Zeitungsartikel untersucht, um dann Opfer- und Täterbeschreibungen vertieft zu analysieren (jeweils bis zu drei pro Artikel).

Im Ergebnis stimmt die Berichterstattung über lokale Kriminalität unabhängig vom Medientypus, d. h. Abonnement- und Boulevardzeitung, überein. In der Berichterstattung kommt es dabei auf die tatsächliche, situative Ereignislage in Kiel und Leipzig wie auch in den Nachbargemeinden an. Desgleichen ähnelt sich die Strukturierung hinsichtlich der Deliktsart und dem Anlass der Berichterstattung in den lokalen und regionalen Printmedien. Dies gilt ebenso für die Rangfolge der Opfer- und Tätergruppierungen (Clusteranalyse). Als typisches Beispiel dient hier die Kurzmeldung über eine bekannt gewordene und aktuelle Straftat. Dabei handelt es sich meistens um einen Diebstahl. Während das bzw. die Opfer in der Beschreibung des Tathergangs häufig Erwähnung finden, fehlen überwiegend Informationen über den/die Täter/-innen. Da gerade den Diebstahl dessen heimliche Begehung kennzeichnet (historisch: Lacour 2001, S. 10; PKS 2013, S. 26 Tab. 3.1 niedrige Aufklärungsquote beim schwereren Diebstahl von 14,8 % und beim einfachen Diebstahl von 38,1 %)⁴, erstaunt dieser Befund nicht.

Im Unterschied hierzu steht die Gerichtsberichterstattung: Hier überwiegen Gewalttaten und ausführliche Täterdarstellungen, wobei das Opfer meist in den Hintergrund tritt. Der

hier betriebene, höhere journalistische Aufwand lässt sich mit dem höheren Interesse der Leserschaft an außergewöhnlichen und emotional berührenden Kriminalfällen begründen. Die hieraus abgeleitete Vermutung, dass die Gerichtsberichterstattung den Eindruck vermitteln würde, Gewalttaten würden im Vergleich zu Eigentumsdelikten konsequenter verfolgt und bestraft, stimmt mit der Realität überein: Während die Aufklärungsquote bei Mord und Totschlag ausweislich der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2013 95,8 % beträgt, liegt

sie – wie schon erwähnt – bei einfachem Diebstahl bei 38,1 %.⁵

Es darf bezweifelt werden, dass die lokale Berichterstattung verlässliche Aussagen über das Bedrohungspotenzial von Kriminalität im lokalen Umfeld zulässt, da es sich um eine verzerrte Abbildung der Lebenswirklichkeit handelt, die sich oft genug aus den Pressemitteilungen der ansässigen Polizeidienststellen speist und damit lediglich einen Ausschnitt der polizeilich registrierten Helfeldkriminalität erfasst (Baumann 2000, S. 73). Die Helfeldkriminalität ihrerseits ist wieder-

⁴ Im Vergleich dazu lag die durchschnittliche Aufklärungsrate 2013 bei 54,5 %.

⁵ Eine Ausnahme bildet der Ladendiebstahl mit einer Aufklärungsquote von 51,7 %, bei dem Verdächtige bei Diebstählen beobachtet, festgehalten und angezeigt werden. Hier sind jedoch große Schwankungen zu beobachten, da die Aufklärungsquote 2012 bei 92,5 % lag.

um mit der Problematik der nicht angezeigten Straftaten (Dunkelfeld) konfrontiert (näher Heinz 2013).

Aber welche Erkenntnisse lassen sich hieraus für die kommunale Kriminalitätsprävention gewinnen? Der Fokussierung auf spektakuläre und kuriose Fälle, aber auch auf Fälle von Schwerstkriminalität zum Trotz kann der Schluss gezogen werden, dass die Berichterstattung über das aktuelle Tagesgeschehen tendenziell eher Fälle leichter Kriminalität (s. Beispiel Diebstahl als typische Kurzmeldung) betrifft. Wenn die verzerrte Berichterstattung diesbezüglich nicht den Blick verstellt, lässt sich konstatieren, dass die Vorbeugung von Eigentums- und Diebstahlskriminalität aufgrund von dessen Häufigkeit einen Schwerpunkt in der kommunalen Kriminalprävention darstellen sollte, was diese in der Praxis schon längst ist.

Fazit

Die Überlegungen zum Begriff Sicherheit zeigen, dass die gegenwärtige Betonung der subjektiven Sicherheit eine Loslösung von der objektiven Sicherheit und damit eine gewisse Eigenständigkeit andeutet. Ein Fokus lag deshalb im Verbund bei der Erfassung von subjektiven Sicherheiten in der explorativen Studie zu (Un-)Sicherheitsbefindlichkeiten des IfS und der repräsentative Bevölkerungsstudie des MPI zu Sicherheit und Lebensqualität. Während die explorative Studie deskriptive Erkenntnisse über gefühlte (Un-)Sicherheiten bereithält (vgl. Blinkert 2013, S. 101 ff.), bietet die Repräsentativstudie Erklärungen hierzu (Hummelsheim/Oberwittler 2014, S. 53 ff.).

Bezogen auf Kriminalität leistet die bundesweite Dunkelfeldstudie des BKA und des MPI einen wichtigen Beitrag über Befunde in Deutschland sowohl zur Opferwerdung als auch zur Kriminalitätsfurcht. Da Kriminalitätsfurcht vielfach als Ausdruck von allgemeinen Lebensängsten gedeutet wird (hierzu Hummelsheim et al. 2014), kam ihr im Verbundprojekt BaSiD in der Dunkelfeldbefragung eine besondere Bedeutung zu.

Um Übereinstimmungen und Abweichungen zwischen subjektiven und objektiven Sicherheiten festzustellen, wurde im Rahmen von BaSiD das sogenannte Sicherheitsquadrat entwickelt. In diesem Zusammenhang erfüllt das Sicherheitsquadrat eine Diagnosefunk-

tion zur Einordnung von subjektiven und objektiven Sicherheiten. Im Heft „forum kriminalprävention 2-2015“ werden weitere Ergebnisse vorgestellt und insbesondere wird auf die Struktur und Bewertungsmöglichkeiten des Sicherheitsquadrats eingegangen.

Prof. Dr. Rita Haverkamp hat die vom BMI und DFK finanzierte Stiftungsprofessur für Kriminalprävention (SKuR) und Risikomanagement an der Eberhard Karls Universität Tübingen inne.
Kontakt: rita.haverkamp@uni-tuebingen.de

Literatur

- Albrecht, H.-J. (2012). Innere Sicherheit in Deutschland. bpb-Dossier vom 31.5.2012. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138621/innere-sicherheit-und-veraenderungen-in-systemen-sozialer-kontrolle> (Zugriff: 16.6.2014).
- Baumann, U. (2000). Das Verbrechensopfer in Kriminalitätsdarstellungen der Presse. Eine empirische Untersuchung der Printmedien. Freiburg i. Br.: edition ius-crim.
- Belina, B. (2006). Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Blinkert, B. (2013). Was bedroht das Sicherheitsempfinden der Deutschen? In: B. Blinkert (Hrsg.), Erkundungen zur Zivilgesellschaft. Berlin: LIT-Verlag, 101–118.
- Bundeskriminalamt (2014). Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland Jahrbuch 2013. Wiesbaden: Eigenverlag; zit. PKS 2013.
- Haverkamp, R., Hummelsheim, D./Armborst, A. (2013). Studien zur Sicherheit in Deutschland. In: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (Hrsg.), Jahrbuch 2013 der Max-Planck-Gesellschaft. München: Eigenverlag. Verfügbar unter http://www.mpg.de/6841890/STRA_JB_2013?c=7291695 (Zugriff: 11.6.2014).
- Heesen, J./Nagenborg, M. (erscheint 2015). Der Sicherheitsbegriff in systematischer und historischer Perspektive. In: R. Haverkamp/Arnold, H. (Hrsg.): Barometer Sicherheit in Deutschland (Arbeitstitel). Berlin: Duncker & Humblot.
- Heinz, W. (2013). Die deutschen Rechtspflegestatistiken. Probleme und Möglichkeiten der Weiterentwicklung. In: D. Dölling (Hrsg.), Täter, Taten, Opfer. Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. 1. Aufl. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, 736–758.
- Heinz, W. (2001). Geschlecht und Kriminalität. In: C. Kreuzer (Hrsg.), Frauen im Recht – Entwicklungen und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 61–109.
- Hummelsheim, D./Oberwittler, D. (2014). Unsicherheitsgefühle und ihr Einfluss auf die Lebenszufriedenheit in Deutschland. Empirische Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zu Sicherheit und Lebensqualität in Deutschland 2012. In: H. Hoch/Zoche, P. (Hrsg.), Sicherheiten und Unsicherheiten. Soziologische Beiträge. Berlin: LIT-Verlag, 53–74.
- Hummelsheim, D./Oberwittler, D./Pritsch, J. (2014). Die Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und generalisiertem Vertrauen – Mehrebenenanalysen zur Rolle individueller und kontextueller Faktoren. In: S. Eifler/Pollich, D. (Hrsg.), Empirische Forschung über Kriminalität: Perspektiven und Herausforderungen (Kriminalsoziologie – Theorie und Empirie). Wiesbaden: Springer VS.
- Lacour, E. (2001). Schlägereien und Unglücksfälle. Eine Untersuchung zur Historischen Psychologie von Alltagsgewalt in der frühneuzeitlichen Eifel. Psychologie und Geschichte, 9, 1/2, 3–28.
- Oberwittler, D. (2001). Täter, Opfer, Tatorte. Zu den innerstädtischen Verteilungsmustern der registrierten Gewaltkriminalität und ihren sozialen Korrelaten am Beispiel Kölns. In: J.-M. Jehle (Hrsg.), Raum und Kriminalität. Sicherheit der Stadt: Migrationsprobleme. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, 121–146.
- Reuband, K.-H. (1998). Kriminalität in den Medien. Erscheinungsformen, Nutzungsstruktur und Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht. Soziale Probleme, 9, 125–153.
- Satzger, H. (2007). Das europarechtliche Verhältnismäßigkeitsprinzip als Maßstab für eine europäische Kriminalpolitik. Neue Kriminalpolitik, 93–98.
- Vowe, G. (2013a). Facetten der Bedrohlichkeit. Ergebnisse einer Medieninhaltsanalyse zu Terrorismus, Kriminalität und Katastrophen. Vortrag beim Forum für öffentliche Sicherheit „Die Deutschen und Sicherheit – Gesellschaftliche Konstruktionen“ vom 11.–12. November 2013 Berlin, Foliensatz zuletzt abgerufen am 10.7.2014 http://www.sicherheitsforschung.de/workshops/workshop_9/vortraege_ws_9/folien_vowe.pdf?1392024124.
- Vowe, G. (2013b). Teilvorhaben: Medienmonitoring. Publizistische Wahrnehmungen von Gefährdungen und Sicherheiten in Deutschland (Modul 7). Abschlussbericht zur Bekanntmachung: Gesellschaftliche Dimensionen in der Sicherheitsforschung. Berichtszeitraum 01.06.2010-31.08.2013. Hinweis unter <http://opac.tib.uni-hannover.de/DB=1/XMLPRS=N/PPN?PPN=782041426> (Zugriff: 23.7.2014).